

In Zeiten geopolitischer Umbrüche

Das Europa der Zukunft – souverän, sicher friedlich, kooperativ und
multilateral

Das Europa der Zukunft – souverän, sicher friedlich, kooperativ und multilateral

Grundprinzipien einer ebenso wertbezogenen wie interessengeleiteten sozialdemokratischen Politik für Frieden und Sicherheit waren und sind das Streben und die Anerkennung von Souveränität und Sicherheit zwischen den Staaten im Rahmen der internationalen Rechtsordnung und die Umsetzung dieser Zielsetzung, wo immer dieses geht, in einem Prozess von internationaler Kooperation und Multilateralität.

Souveränität im sozialdemokratischen Sinne setzt damit ein Gegenmodell zu einem Nationalismus, der nur das eigene Land kennt, zu Regellosigkeit und der Absage an eine internationale Rechtsordnung, zur Schwächung bis hin zur Zerstörung von internationalen Institutionen und der Aufteilung der Welt in von Macht und Dominanz geprägten Einflusszonen.

Historisch ist der auf Staaten bezogene Begriff der Souveränität im europäischen Absolutismus entstanden und hat auf die absolute staatliche Herrschaft vor dem Hintergrund der Religionskriege gezielt. Staatliche Unabhängigkeit bzw. Überlegenheit sind damit seine Kernmerkmale. Europäische Souveränität bezieht sich aber gerade nicht auf Einzelstaaten, sondern auf ihre Union und bezeichnet deren Unabhängigkeit gegenüber den USA. Aufgrund der historischen Tradition von nationalstaatlichen Loyalitäten ist sie politisch immer wieder umstritten. Zur politischen Wirksamkeit braucht sie aber ihre Verankerung in den europäischen Gesellschaften und deren Zusammenschluss in einer europäischen Identität. Dabei hilft es, dass unterhalb der nationalstaatlichen Ebene mehr und mehr Städte und Kommunen sowie die Zivilgesellschaften als europäische Akteure wirken, deren Kooperationen die nationalen Grenzen überschreiten.

In diesem Sinne arbeiten wir für ein Europa der Zukunft, das sich selbstbewusst und sicher in Zeiten geopolitischer Umbrüche behaupten und konstruktiv in die Weltgemeinschaft einbringen kann und wird - friedlich, kooperativ und multilateral. Wir verstärken und festigen die Souveränität Europas auf der Grundlage universeller Werte und gleichzeitig im Respekt vor der Souveränität anderer Staaten und deren Recht auf Selbstbestimmung und eine eigene Entwicklung. Souveränität verwirklicht sich in Freiheit und Selbstbestimmung; Souveränität braucht Offenheit und Respekt und Sicherheit in eigener Stärke; Souveränität wird gestärkt in Partnerschaft und gemeinsamer Verantwortung.

Europa am Scheideweg

Der globale Machtanspruch Chinas und Russlands sowie Aufstieg Indiens und weiterer Regionalmächte im globalen Süden führte zu einem relativen Machtverlust des Westens. Der unipolare Moment nach dem Kalten Krieg ist vorbei.

Mit dem Ende der Pax Americana eskalieren Konflikte in Europas Nachbarschaft – in Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten, Osteuropa und dem Kaukasus. Großmachtrivalitäten und die Frustration über westliche Doppelstandards blockieren multilaterale Institutionen

Mit der zweiten Trump-Regierung erreicht der Zerfall der liberalen Weltordnung einen Kulminationspunkt. Die USA verlassen zentrale internationale Organisationen und führen einen globalen Handelskrieg. Hinter den Gebietsansprüchen (Kanada, Grönland, Panama-Kanal) wird ein Denken in imperialen Einflußsphären deutlich.

Europa steht vor einer Bewährungsprobe. Die Grundpfeiler seiner Ordnung geraten unter Druck.

Eine neue europäische Sicherheitsordnung

Die 1990 auf dem KSZE-Gipfel beschlossene Charta von Paris definierte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie Souveränität und territoriale Integrität als Basis für Frieden und Sicherheit in Europa. Diese Ordnung ist mit Russlands Angriff auf die Ukraine 2022 schwer verletzt worden. Selbst bei einem Kriegsende bleibt Europa ein Konfliktfeld.

Die Trump-Regierung stellt NATO-Garantien infrage und setzt auf bilaterale Abkommen mit Russland – ein Indiz für das Ende des politischen Westens als Wertegemeinschaft. Ob daraus das Ende des transatlantischen Bündnisses folgt, bleibt offen. Der Zweifel an der Verlässlichkeit der USA schwächt aber die NATO und zwingt Europa zu mehr Eigenverantwortung.

Eingeklemmt zwischen einem aggressiven Russland und einem sich zurückziehenden Amerika ist Europa auf die neue „Wolfswelt“ schlecht vorbereitet. Für absehbare Zeit braucht es mehr Abschreckungsfähigkeit und Verteidigung. Die dazu nötigen Investitionen sind unter den Maastricht-Kriterien kaum möglich. Institutionelle Reformen in der EU – insbesondere Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik – sind nötig.

Militärisches Engagement in entfernten Regionen wie dem Indopazifik sollte unterbleiben. Europas Ressourcen müssen defensiv ausgerichtet und auf die eigene Region und die unmittelbare Nachbarschaft konzentriert werden.

Der Krieg in der Ukraine muss enden, bevor ein Wiederaufbau der Sicherheitsordnung möglich ist. Langfristig braucht es eine Formel der Koexistenz mit Russland, die auf westfälischen Prinzipien beruht – Souveränität, territoriale Integrität, Nichteinmischung.

Ein neues Wirtschaftsmodell

Die geoökonomischen Veränderungen treffen Europas Volkswirtschaften hart. Die tiefen ökonomischen Interdependenzen werden insbesondere von den USA infrage gestellt und geraten in eine Schieflage. In einer protektionistischen Welt stottert der Exportmotor. Europa muss seinen Binnenmarkt stärken und die Währungsunion reformieren, um wirtschaftlich zu wachsen, Südeuropa zu stabilisieren und Osteuropa bei seiner Transformation zu unterstützen.

Lieferketten müssen widerstandsfähiger werden. Eine vollständige Entkopplung von China ist unrealistisch, doch Stärkung des Binnenmarktes, Reshoring, Nearshoring und Friendshoring können Abhängigkeiten reduzieren und die Resilienz erhöhen.

Sollte es den USA gelingen, ihr Handelsbilanzdefizit durch Zölle und durch eine Schwächung des Dollars zu verringern, geriete der Status der Leitwährung ins Wanken. Diese von den USA gewollte Schwächung des Dollars würde die ungewollte Schwächung durch galoppierende Staatsverschuldung beschleunigen. Europa müsste mit Turbulenzen rechnen, könnte aber als sicherer Anlegehafen profitieren. Ein tiefer Eurobond-Markt und ein höherer Anteil an in Euro denominierten internationalen Geschäften wären entscheidende Schritte zur Stärkung des Euro.

Im technologischen Wettbewerb hinkt Europa hinterher. Es braucht Investitionen in technologische Souveränität, innovationsfreundliche Regulierung, einen tieferen Risikokapitalmarkt und ein verbessertes Bildungssystem.

Verteidigung und Entwicklung der regelbasierten Ordnung

Die EU ist ein fragiles Vertragsgebilde. In einer Welt, in der Macht Recht ersetzt, droht ihr Zerfall. Daraus ergibt sich ein existenzielles Interesse am Erhalt der regelbasierten Ordnung und an der Ausweitung der EU.

Viele kleine und mittlere Staaten teilen dieses Interesse. Auch sie sehen im internationalen Recht einen Schutz vor Willkür und setzen auf multilaterale Kooperation bei globalen Herausforderungen.

Doch die bestehenden Institutionen spiegeln überholte Machtverhältnisse wider. Sie müssen reformiert werden, um den Staaten des Globalen Südens mehr Mitsprache zu ermöglichen. Europa sollte bereit sein, freiwillig Einfluss abzugeben, um internationale Institutionen auf die Höhe der Zeit zu bringen und dadurch die regelbasierte Ordnung und das internationale Recht zu stärken.

Eine Weiterentwicklung der Helsinkiformel

Ein globaler Konsens über die künftige Weltordnung ist schwer erreichbar. Die Doppelmoral des Westens und der Vorwurf der Machtausübung durch humanitäre Interventionen haben tiefe Ressentiments gegenüber der liberalen Weltordnung erzeugt. Autoritäre Mächte wie China und Russland lehnen den liberalen Universalismus ab. In einer pluralen Welt konkurrieren unterschiedliche zum Teil gegensätzliche Ordnungsvorstellungen.

Europa darf seinen Anspruch auf universelle Normen nicht aufgeben. Die Lehren aus Weltkriegen und Holocaust verpflichten zur Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie. Millionen Menschen, die weltweit gerade auch als Zivilgesellschaft für Demokratie kämpfen, verdienen europäische Solidarität.

Ein realistischer Ausweg liegt in einer Weiterentwicklung der „Helsinki-Formel“: Universalität ohne Einmischung. Autoritäre Staaten müssen universelle Normen anerkennen, liberale Demokratien auf staatliche Interventionen verzichten. Darüber hinaus muss einer friedensorientierten Zivilgesellschaft innerhalb der Staaten und zwischen ihnen mehr Raum, Einfluss und finanzielle Unterstützung gegeben werden, damit sie an der Überwindung langfristiger und komplexer gesellschaftlicher wie nationaler Konflikte arbeiten kann.

Partnerschaften der Mitte

In einer Zeit des Nationalismus ist ein globaler Ausgleich schwierig. Fortschritte sind durch „Partnerschaften der Mitte“ zwischen kleinen und mittleren Staaten möglich, die an einer funktionierenden Ordnung interessiert sind oder Schritte in diese Richtung mittragen können. Solche Allianzen können helfen, die Blockade zwischen den USA und China zu überwinden und neue Räume für multilaterale Kooperation zu schaffen.

Für Partnerschaften mit dem Globalen Süden muss Europa moralisierende Belehrungen vermeiden und sich stärker auf gemeinsame Herausforderungen (die Entwicklungspolitischen Ziele der UN bis 2030 - SDG) konzentrieren. Über eine wertebasierte Außenpolitik hinaus braucht es eine realistische, interessengeleitete Strategie im Rahmen europäischer Möglichkeiten.

Europäische Souveränität in der Wirtschaft

Wirtschaftliche Souveränität im 21. Jahrhundert kann nur noch im EU-Maßstab gedacht werden. Dabei spielt der Euro eine zentrale Rolle, als sicherer Hafen, als Stabilitätsanker in einem der größten Binnenmärkte der Erde, als eine von mehreren Reservewährungen in der Welt sowie als eine Währung für internationalen Handel. Der Aufstieg der USA zum größten Binnenmarkt der Erde (kurz vor dem 1. Weltkrieg) und damit infolgedessen zur Weltmacht hat gezeigt, dass große Binnenmärkte eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Macht sind. Wirtschaftliche Souveränität beschreibt den weisen Gebrauch wirtschaftlicher Macht, den Verzicht auf aggressiven Wirtschafts imperialismus, aber sehr wohl den Einsatz dieser Macht gegen Wirtschafts-Aggression wie Zollkriege, Blockade von Lieferketten für wichtige Materialien sowie Technologien.

Die absehbaren nächsten Schritte sind:

1. Schrittweise, durchaus vorsichtige Ausweitung der Euro-Zone
2. Schrittweise Ausweitung des Binnenmarktes (neue Mitgliedsstaaten, Beitrittsländer, aber ebenfalls Marktvertiefung) auch über die Grenzen der EU hinaus (ein wichtiger Punkt ist die Annäherung an Großbritannien). Auch durch vertragliche Beziehungen wie Handelsverträge kann zum „echten“ Binnenmarkt ein „quasi“ Binnenmarkt hinzutreten (ein wesentlicher Staat kann Kanada sein).

3. Klima- und Digitaltransformation und Erklimmen eines möglichst stabilen höheren Wachstumspfad. Beide Groß-Investitionen stärken die wirtschaftliche Souveränität, nicht zuletzt durch höhere Wertschöpfungsanteile im eigenen Markt bei alternativer Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung. Je höher der Anteil dieser Investitionswelle ist, der mit Darlehensförderung oder anderen (revolvierenden) Finanzinstrumenten finanziert werden kann, desto eher kann erreicht werden, dass wirtschaftliche und finanzielle Stärke zusammen gehen.
4. Wirtschaftliche Souveränität durch ein angemessenes Steuersystem sichern. Im Kern geht es dabei darum, den Trend umzukehren, dass die Steuern für die digitalen Plattformen weltweit nahe null liegen. Ein Ansatzpunkt liegt in der Besteuerung des Dienstleistungsumfangs von Plattformen in den Ländern ihrer Aktivität, der zweite in der steuerlichen Registrierung und Steuerpflicht von Anbietern auf Plattformen. Gegenwärtig erzielen zwei Länder ungerechtfertigte Vorteile gegenüber der lokalen Wirtschaft: China bei den steuermehrenden Anbietern und die USA bei steuermehrenden Dienstleistungen.

Nach dem Scheitern der OECD/G20-Vereinbarung zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung stellt sich die Frage, ob die Vorschläge des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Besteuerung von Restgewinnen aufgegriffen werden können und in der vermutlich längeren Zwischenzeit bis dahin eine digitale Umsatzsteuer umsetzbar ist. Ein entsprechendes Vorgehen Deutschlands könnte in Brüssel den Ausschlag zugunsten einer EU-weiten Digitalsteuer geben.

Europäische Souveränität in der Digitalisierung

Digitale Souveränität ist zum Leitmotiv deutscher und europäischer Digitalpolitik geworden. Im Koalitionsvertrag wird Digitalpolitik als Machtpolitik mit dem Ziel eines digital souveränen Deutschlands bezeichnet. Neue Dringlichkeit entsteht durch die US-Politik, die große Tech-Konzerne begünstigt, sowie durch hybride Bedrohungen wie Desinformation und Cyberangriffe.

Eine progressive Agenda muss zuerst ihr Ziel definieren: Unabhängigkeit von ausländischem Einfluss und Anbietern, ohne Globalisierung und Innovation abzuwürgen, und zugleich individuelle Freiheitsrechte sichern. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet digitale Souveränität informierte Entscheidungen, Datensouveränität und Mitwirkung an Technologieentscheidungen. Staaten und Unternehmen denken dagegen vor allem an sichere Infrastrukturen, Datenströme und Schlüsseltechnologien. Beide Perspektiven dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden; individuelle Souveränität bleibt der Zweck, staatliche und wirtschaftliche Strategien sind Mittel.

Weil Daten, Cloud und KI größtenteils in privater Hand sind, reichen ex-post-Regeln nicht aus. Souveränität muss entlang der gesamten Wertschöpfungskette verankert werden – by Design, von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung. Das erfordert strukturelle Eingriffe, die Richtung und Eigentumsverhältnisse digitaler Infrastruktur beeinflussen.

Vordringlich ist eine kritische Überprüfung bestehender Konzepte wie Open Source, das zunehmend von Big Tech vereinnahmt wird; sowie wertebasierte Technologieentwicklung, bei

der Wissenschaft und Forschung von vorherein verbindlichen Standards setzen und die in der Lage sind, partizipatorische Politik in den Großstädten wie auf dem Land zu stärken.

Europäische Souveränität in der Verteidigung

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD betonen die Partner, Europa zu einem außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähigen Akteur machen zu wollen.

Unbestritten ist dabei die Forderung in der Theorie, dass in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik es im EU Rat zu mehr qualifizierten Mehrheitsentscheidungen kommen muss.

Unbestritten ist auch, dass es zu besseren Abstimmungen bei Ausrüstungen und Bestellungen für die Streitkräfte kommen sollte. Sollte es zur Schaffung einer europäischen Militärakademie oder Universität kommen?

In einer Reihe von zentralen Punkten besteht aber hoher Diskussionsbedarf:

Heißt Souveränität der EU, den europäischen Pfeiler der NATO darzustellen bzw. zu entwickeln oder heißt sie eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas ohne US-Beteiligung anzustreben? Sozusagen eine NATO ohne die USA?

Welche Strategie verfolgt eine souveräne Europäische Union bzw. ein souveränes Europa? Geht es um breit aufgestellte konventionelle Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung? Verbunden mit dem Versuch Formen der gemeinsamen Sicherheit auch mit Staaten zu entwickeln, die Gegner sind, und diplomatische Initiativen zu Rüstungskontrolle zu unternehmen?

Oder geht es um eine Souveränität, die ihre militärische Strategie auch auf eigene Atomwaffen basiert? Ist es politisch sinnvoll und realistisch von einem europäischen atomaren „Schutzschild“ auszugehen, wie das z. T. vom französischen Präsidenten Macron vorgestellt wird?

Welche Strategie verfolgt eine souveräne Europäische Union in Bezug auf Mittelstreckenwaffen? Verfolgt sie den Versuch, auf beiden Seiten Mittelstreckenwaffen zu reduzieren bzw. erst gar nicht ihre Stationierung zuzulassen?

Wie sollte eine Europäische Armee entstehen? Sollten die nationalen Armeen sich auf Pooling und Sharing in konkreten Fragen beschränken? Sollte eine europäische Armee neben den bestehenden nationalen Streitkräften entwickelt werden?

Braucht es eine europäische Cybersicherheitsarchitektur der die zivile Infrastruktur mit umfasst?

Was bedeutet eine souveräne Europäische Union für die Haltung zu Rüstungsexporten? Welche Interessen sollen sich darin widerspiegeln? Die Interessen der unterschiedlichen Waffenproduzenten in den EU Mitgliedsstaaten? Oder soll es bei den Grundsätzen einer

restriktiven, an Menschenrechten und Konfliktverhinderung orientierten Waffenexportpolitik bleiben?

Wie stellt eine souveräne Europäische Union sicher, dass die notwendige Finanzierung militärischer Aufgaben gesichert wird, aber dies nicht zulasten der notwendigen Aufgaben für die soziale Sicherheit der Menschen und für die internationalen Aufgaben geht? Welche Ausweitung für den Haushalt der Europäischen Union wird das bedeuten?

Wer soll die Kosten tragen? Das untere Drittel der Transferempfänger – das wäre das Ende des Sozialstaats. Die arbeitende Mitte durch Lohnsteuernerhöhungen? Oder das obere Drittel der Kapitalbesitzer durch Vermögens- und Erbschaftssteuern?

Die populistische Revolte hat auch deswegen Zulauf, weil der Gesellschaftsvertrag infrage steht. Denn die große Mehrheit der Bevölkerung hat längst verstanden, dass die Dinge nicht mehr so weitergehen können wie bisher. Sie misstrauen Politik und Medien, weil sie das Gefühl haben, dass ihnen kein reiner Wein über das Ausmaß der Probleme eingeschenkt wird. Und sie haben die Befürchtung, dass sie am Ende die Dummen sein werden, die die Kosten zu tragen haben. Das ist die Grundstimmung, auf der die Populisten mobilisieren.

Europäische Souveränität braucht europäische Identität

Nach den Katastrophen des Zweiten Weltkriegs haben die europäischen Staaten über Jahrzehnte hinweg eine beispiellose Zusammenarbeit aufgebaut – besonders in der EU. Gemeinsame Politik in Wirtschaft, Währung, Umwelt und Innovation hat Anerkennung, Integration und ein neues europäisches Selbstverständnis gefördert. Daraus ist eine europäische Identität gewachsen, die über Generationen hinweg weiterentwickelt wurde.

Doch wie Jacques Delors warnte: Ein Binnenmarkt allein schafft keine emotionale Bindung. Auch gemeinsame Institutionen oder eine Währung reichen nicht aus, um die europäische Identität dauerhaft zu stärken. Diese ist jedoch entscheidend, um nationalen Egoismus, Ausgrenzung, Demokratieverachtung und neuen Konflikten entgegenzuwirken.

Wirtschaftliche Souveränität in dieser Sichtweise kann in Zukunft nicht ohne weitere Selbstbeschränkungen der nationalen Souveränität entstehen oder dauerhaft gesichert werden. Diese Selbstbeschränkung erfordert eine positive, emotionale europäische Identität, um gesellschaftlich tragfähig und stabil zu sein.

Kenntnis und Verständnis von Europa und seiner Selbstverpflichtung auf Respekt und Toleranz, Frieden und Menschenrechte, Kooperation und Ausgleich müssen immer wieder neu gelernt und gepflegt und belebt werden – in allen Generationen, in allen Ländern und bei allen Gelegenheiten. Europäische Souveränität braucht europäische Identität.

Es ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe, dass Europas Souveränität nicht nur politisch und militärisch, sondern auch gesellschaftlich, kulturell und bildungspolitisch gestärkt wird. Die Identifikation mit Europa muss gefördert, die europäische Idee in Bildung und Arbeit erlebbar und in Projekten und mit Kooperationen aller Art, von den Kommunen bis zu Bürgergesellschaft, erfahrbar gemacht werden - damit sie zur gemeinsamen Verantwortung wird.